

## DIE JUKOS-AFFÄRE. TEIL 1: DAS STAATLICHE VORGEHEN GEGEN DEN KONZERN

■ Analyse		
	Die Jukos-Affäre im Überblick. Heiko Pleines, Bremen	2
■ Dokumentation		
	Die Steuerschulden von Jukos	4
■ Analyse		
	Der Streit um Förderlizenzen. Fallbeispiel Talakanskoe-Feld. Julia Kusznir und Heiko Pleines, Bremen	6
■ Dokumentation		
	„Rechtliche Unzulänglichkeiten.“ Die Resolution des Europarates	8
■ Chronik		
	Die Jukos-Affäre von Mai 2003 bis Januar 2005	10
<hr/>		
■ Chronik		
	Vom 27. Januar bis zum 3. Februar 2005	16

## Analyse

### Die Jukos-Affäre im Überblick

Von Heiko Pleines, Bremen

#### Zusammenfassung:

Bei der Jukos-Affäre, die im Sommer 2003 begann, geht es nicht nur um das staatliche Vorgehen gegen den Ölkonzern und seine Eigentümer. Zunehmend gewann die Affäre auch Einfluss auf grundlegendere politische und wirtschaftliche Fragen wie das Verhältnis des Präsidenten zu den Oligarchen, die Lage des Rechtsstaates, das Investitionsklima und die wirtschaftspolitische Orientierung der Regierung. Diese Einleitung gibt einen Überblick über die Jukos-Affäre, deren einzelne Aspekte in dieser und der folgenden Nummer der Russlandanalysen ausführlich behandelt werden.

#### Das staatliche Vorgehen gegen Jukos

Die Jukos-Affäre begann im Juni 2003 mit der Verhaftung des Sicherheitschefs von Jukos, Alexej Pitschugin, unter dem Vorwurf der Anstiftung zum Mord. Im folgenden Monat wurde der Jukos-Großaktionär Platon Lebedew unter dem Vorwurf des Privatisierungsbetrugs festgenommen. Gleichzeitig wird gegen Jukos ein Untersuchungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Im Oktober 2003 wird dann auch der Vorstandsvorsitzende und Hauptaktionär von Jukos, Michail Chodorkowskij, unter dem Vorwurf des Steuerbetrugs verhaftet.

Kurz darauf verliert der Jukos-Konzern seine Förderlizenz für das Talakanskoe-Ölfeld in Ostsibirien, dass die Grundlage für Ölexporte nach China bilden sollte. Im folgenden wird dem Jukos-Konzern auch mit dem Verlust weiterer Förderlizenzen gedroht. Diese Drohungen werden aber nicht umgesetzt.

In den folgenden Monate leitet die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen alle Großaktionäre von Jukos und gegen etliche Mitglieder des Konzernmanagements ein. Drei Großaktionäre setzen sich Ende 2003 nach Israel ab. Im November 2004 verlassen alle leitenden Manager auf gemeinsamen Beschluss Russland.

Das staatliche Vorgehen gegen Jukos konzentriert sich damit auf zwei Bereiche. Zum einen werden die Strafprozesse gegen Pitschugin, Lebedew und Chodorkowskij aufgenommen. Alle drei verbleiben in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen Pitschugin unterliegt strikter Geheimhaltung. Die Prozesse von Lebedew und Chodorkowskij werden im Juni 2004 zusammengelegt und sind öffentlich. Die Staatsanwaltschaft schließt im November 2004 ihre Beweisführung ab. Damit beginnt die Beweisführung der Verteidigung. Ein Ende der Verfahren ist derzeit noch nicht absehbar.

Zum anderen erheben die Steuerbehörden vor allem für den Zeitraum 2000 bis 2003 immer neue Steuernachforderungen gegen Jukos und seine Tochterfirmen. Die staatlichen Forderungen gegen Jukos summieren sich bis Ende 2004 auf über 28 Mrd. US-Dollar. Allein die Nachforderungen erreichen damit eine Höhe von etwa 75% des von Jukos ausgewiesenen Umsatzes für die entsprechenden Steuerjahre. Da der Konzern nicht in der Lage ist, die entsprechenden Summen aufzubringen, wird eine Zwangsvollstreckung eingeleitet. Die größte Produktionsfirma von Jukos wird im Dezember 2004 versteigert. Der Erlös reicht aber bei weitem nicht aus, um die Steuerschulden von Jukos zu begleichen. Ende Januar 2005 belaufen sie sich immer noch auf etwa 9 Mrd. US-Dollar. Der Jukos-Konzern steht damit vor dem Aus.

Die Steuerforderungen gegen Jukos werden auf den Seiten 4 bis 5 dokumentiert. Den Verlust der Förderlizenz in Ostsibirien analysiert der Beitrag auf den Seiten 6 bis 8. Einen Überblick über das staatliche Vorgehen gegen Jukos gibt die Chronik auf den Seiten 10 bis 15.

#### Motive des staatlichen Vorgehens und Rechtsstaatlichkeit

Die große Mehrheit der Beobachter ging seit Beginn der Jukos-Affäre davon aus, dass das staatliche Vorgehen gegen den Ölkonzern als Bestrafung für politisches Engagement zu bewerten sei. Im einzelnen hat Chodorkowskij die politische Opposition zu Präsident Putin, insbesondere die Parteien Jabloko, Union der Rechten Kräfte und die Kommunistische Partei, im Duma-Wahlkampf 2003 finanziell unterstützt. Zusätzlich soll er durch Beeinflussung von Duma-Abgeordneten versucht haben, eine Reform der Besteuerung der Erdölindustrie zu verhindern. Außerdem hat Chodorkowskij etliche liberale Vereinigungen und Forschungsinstitute, die in der Mehrheit ebenfalls Putin kritisch gegenüberstanden, gefördert. Darüber hinaus

habe er Putin auf persönlichen Treffen widersprochen und diesen zu einem Streit provoziert. Auch Pläne von Jukos, mit großen amerikanischen Ölkonzernen eine Fusion einzugehen, wurden als Anlass für staatliche Interventionen genannt.

Als Beleg für die politische Motivation des staatlichen Vorgehens, das als Warnung für die Oligarchen interpretiert wird, gelten die vielfältigen Manipulationen zuungunsten von Jukos. Zum ersten mal werden in Russland größere Steuernachforderungen gegen ein Unternehmen nicht von Gerichten revidiert (siehe Tabelle 4 auf Seite 6), obwohl die gegen Jukos erhobenen Vorwürfe im wesentlichen auch auf andere Ölunternehmen zutreffen. Das Vorgehen sowohl der Steuerbehörden als auch der Staatsanwaltschaft und der Gerichte weist etliche Defizite auf. Eine Zusammenfassung der Vorwürfe bietet die Resolution des Europarates vom 25. Januar 2005, die auf den Seiten 8 bis 10 dokumentiert wird.

Trotz der offensichtlichen Defizite beharrt Präsident Putin darauf, dass das staatliche Vorgehen den Gesetzen folge und keine Sonderbehandlung von Jukos beinhaltet. Diese Linie wird von der Regierung weitgehend durchgehalten. Auch die öffentliche Kritik am staatlichen Vorgehen im Zusammenhang mit der Jukos-Affäre bleibt in Russland verhalten. Eine Darstellung der russischen öffentlichen Debatte zur Jukos-Affäre gibt die Analyse von Josephine Bollinger-Kanne in der nächsten Ausgabe der Russlandanalysen. Die dort widergegebenen Umfragedaten dokumentieren auch, dass die russische Bevölkerung mehrheitlich keine Einwände gegen das staatliche Vorgehen hat. Das negative Image des „Oligarchen“ Chodorkowskij wird etwa dadurch deutlich, dass ein Drittel der Russen bei seiner Verhaftung Freude und Befriedung verspürten.

### Investitionsklima

Solange sich die staatliche Attacke auf die Person Chodorkowskij konzentrierte, das heißt bis zum Frühjahr 2004, stellte sie für die Wirtschaft keine wesentliche Belastung dar. Sie wurde als Strafe für politisches Engagement verstanden, was im Umkehrschluss bedeutete, dass politisch nicht aktive Unternehmer nichts zu befürchten hatten. Dementsprechend lag selbst der Kurs der Jukos-Aktie noch nicht unter seinem Niveau zu Beginn der Affäre.

Als aber zunehmend vermutet wurde, dass die Jukos-Affäre nicht nur die Person Chodorkowskij sondern zumindest auch die Firma Jukos ausschalten solle und unter Umständen sogar weitere Firmen betreffen wird, nahm die Besorgnis bei Unternehmern zu. Der russische Unternehmerverband erklärte vor seinem Gespräch mit Putin Anfang Juli 2004 das

Investitionsklima zum zentralen Thema machen zu wollen. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft kommentierte, der Konkurs von Jukos würde „ein Schock für die Märkte sein“. Der amerikanische Ölkonzern ChevronTexaco legte seine Investitionspläne für Russland auf Eis.

Trotzdem ist die grundsätzliche Haltung der Investoren gegenüber Russland noch nicht umgeschlagen. Die Mehrheit scheint vielmehr vor einer möglichen Verschlechterung zu warnen, ohne wirklich an diese zu glauben. Davon zeugen zumindest die neuen Höchststände bei den ausländischen Direktinvestitionen und auch die Entwicklung der russischen Börse mit Ausnahme der Jukos-Aktie. Die häufig zitierte Zunahme der Kapitalflucht ist hingegen in diesem Zusammenhang mit Vorsicht zu betrachten, da sie erstens schwer messbar ist, zweitens gestiegene Gewinne häufig auch zu steigenden Kapitalabflüssen führen und drittens ein Teil der Kapitalflucht auf Investitionen russischer Unternehmer im Ausland zurückzuführen sein kann.

Die Rolle ausländischer Investoren in der russischen Erdölwirtschaft wird in der nächsten Russlandanalyse ausführlich dokumentiert.

### Wirtschaftspolitik und Ölindustrie

Im Gegensatz zu der Mehrheit der Investoren sehen aber viele Analysten die Jukos-Affäre mittlerweile als Indikator eines grundlegenden Umschwungs in der russischen Wirtschaftspolitik. Sie gehen davon aus, dass die wirtschaftsliberalen Reformer um Wirtschaftsminister German Gref in der Regierung zunehmend an Einfluss verlieren. Stattdessen würden Vertreter des Geheimdienstes und konservative Juristen in die Wirtschaftspolitik drängen. Kronzeuge dieser Einschätzung ist der Wirtschaftsberater von Präsident Putin, der auf einer Pressekonferenz Ende 2004 nicht nur die Auktion von Juganskneftegaz als „Affäre des Jahres“ bezeichnete, sondern in diesem Zusammenhang gleich von einer Wende der Wirtschaftspolitik hin zu Staatsinterventionismus sprach. Diese Einschätzung teilt auch Chodorkowskij, wie seine Pressesprecherin in einem Kommentar in der nächsten Russlandanalyse darlegt.

Konkrete Maßnahmen zur Stärkung des staatlichen Einflusses lassen sich derzeit in der Öl- und Gasindustrie beobachten, die weiterhin das Herzstück der russischen Wirtschaft darstellt. Insbesondere die Übernahme führender Unternehmenspositionen durch im Management völlig unerfahrene Staatsvertreter und der Versuch, durch die Fusion von Rosneft und Gazprom einen gigantischen Staatskonzern zu schaffen, werden von liberalen Kritikern als wirtschaftspolitisch problematisch betrachtet. Der renommierte

Branchenexperte Valery Kryukov diagnostiziert in seiner Analyse, die ebenfalls in der nächsten Nummer der Russlandanalysen erscheinen wird, „Lenkbarkeit anstelle von Effizienz“.

Der staatliche Einfluss, der sich insbesondere bei der Eigentümerstruktur und der Besteuerung zeigt, wird in der nächsten Russlandanalyse ausführlich dokumentiert.

### Fazit

Während die Jukos-Affäre ursprünglich wie eine Abschreckungsmaßnahme gegen politisch aktive Unternehmer aussah, entwickelt sie sich immer mehr zu einem Wendepunkt der Präsidentschaft Putins. Die zentrale Frage ist, ob nach der „gelenkten Demokratie“, die in wesentlichen Zügen bereits während der ersten Amtsperiode Putins von 2000 bis 2004 etabliert wurde, in der zweiten Amtszeit nun auch die Schaffung einer „gelenkten Wirtschaft“ folgen soll.

*Über den Autoren*

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

## Dokumentation

### Die Steuerschulden von Jukos

Seit dem Beginn der Jukos-Affäre im Sommer 2003 sind Ermittlungen der Steuerbehörden ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Druckes auf den Konzern. Jukos hat wie viele andere Ölkonzerne auch Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung genutzt, um seine Steuerzahlungen zu „optimieren“. (Siehe dazu ausführlicher die Darstellung zur Besteuerung der Ölindustrie in der nächsten Ausgabe.) Diese Optimierungsverfahren wurden von führenden staatlichen Vertretern ursprünglich als legal bezeichnet. Der damalige Ministerpräsident Michail Kasjanow etwa kommentierte, dass das Vorgehen von Jukos zwar unmoralisch aber legal sei und gab der Regierung aufgrund mangelhafter Gesetzgebung die Verantwortung für diesen Zustand. (Interview in der Tageszeitung *Wedomosti* vom 12. Januar 2004) Auch der Leiter der Abteilung Körperschaftssteuer beim Steuerministerium bezeichnete die Steueroptimierungsverfahren der Ölkonzerne als legal. (Pressekonferenz vom 27. November 2003) Die Rechnungsprüfungskammer der Duma konzentrierte ihre Vorwürfe nach einer Untersuchung von Steuervermeidung in der Ölindustrie auf den Konzern Sibneft. Bis zum Beginn der Jukos-Affäre waren alle großen Nachforderungen der Steuerbehörden an Gerichtsverfahren gescheitert. Die höchste Zahlung aufgrund einer Steuerüberprüfung betrug bis zur Jukos-Affäre 100 Mio. US\$. Im Ergebnis entstand der Eindruck, dass die Forderungen gegenüber Jukos fragwürdig seien und das staatliche Vorgehen selektiv.

**Tabelle 1: Alle Forderungen der Steuer- und Vollzugsbehörden gegenüber dem Jukos-Konzern (in Mrd. US\$)**

	1999	2000	2001	2002	2003	Gesamt 1999–2003
Mutterkonzern (Jukos)	-	3,77	4,39	7,32	6,46	21,49
Davon: Strafen und Gebühren	-	0,24	0,29	0,48	0,42	1,43
Tochterfirma Juganskneftegaz	0,34	0,21	2,42	1,06	1,22	5,25
Davon: Strafen und Gebühren	0,10	0,08	1,25	0,44	k.A.	1,87
Tochterfirma Tomskneft	-	-	0,11	0,13	-	0,24
Davon: Strafen und Gebühren	-	-	k.A.	0,05	-	0,05
Tochterfirma Samaraneftgaz		0,16	0,30	0,30	0,14	0,90
Davon: Strafen und Gebühren		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0,05
Jukos-Konzern gesamt	0,34	4,14	7,22	8,81	7,82	28,33
Davon: Strafen und Gebühren	0,10	0,32	1,54	0,97	0,42	3,35

Quelle: *United Financial Group 25.1.2005* [www.ufgresearch.com](http://www.ufgresearch.com)

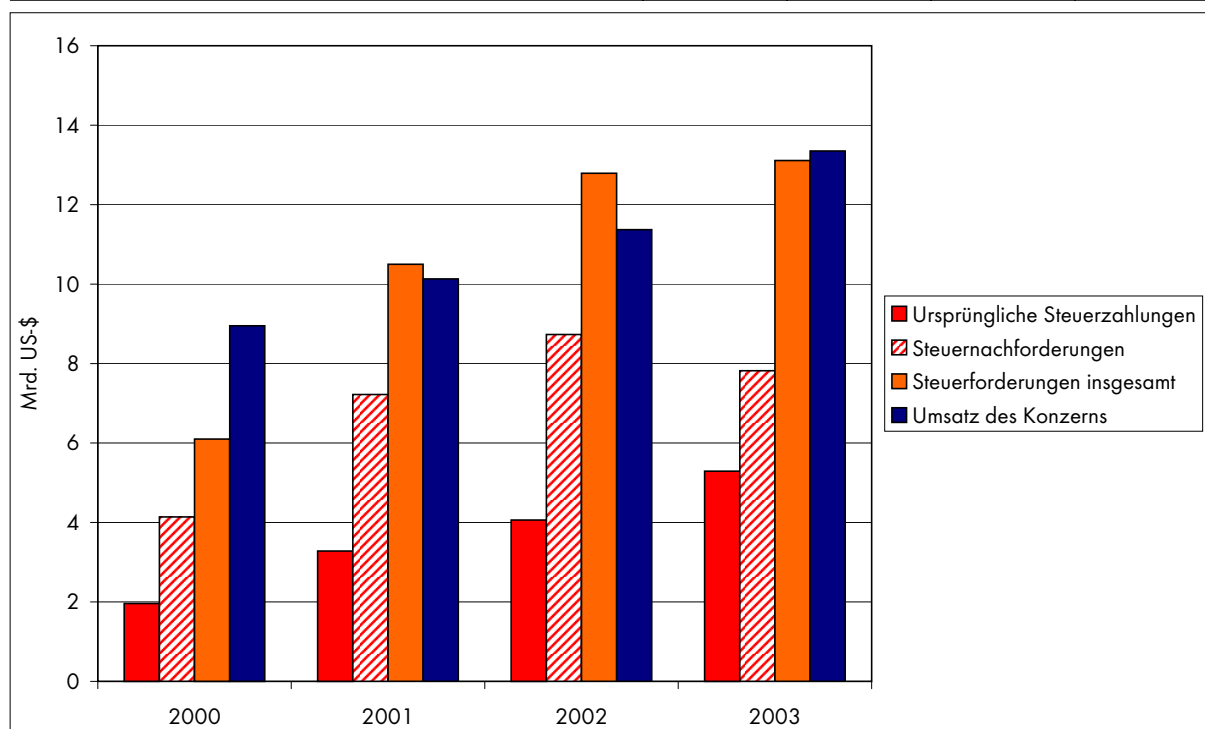
**Tabelle 2: Schuldenstand des Jukos-Konzerns gegenüber dem russischen Staat (Ende Januar 2005)**

Gesamtforderungen	28,33 Mrd. US\$
Durch Zahlung beglichen (2004)	- 4,50 Mrd. US\$
Durch Zwangsversteigerung Juganskneftegaz beglichen	- 9,35 Mrd. US\$
Durch Verlust von Juganskneftegaz nicht mehr relevant	- 5,25 Mrd. US\$
Durch Zahlung beglichen (2005)	- 0,08 Mrd. US\$
Verbleibende Forderungen	9,15 Mrd. US\$

Quelle: eigene Berechnung nach Tabelle 1 und Presseangaben

**Tabelle 3: Jukos: Steuerforderungen und Konzernfinanzen 2000–2003**

	2000	2001	2002	2003
Ursprüngliche Steuerzahlungen (in Mrd. US\$)	1,96	3,28	4,06	5,29
Konzerngewinn nach Steuern (in Mrd. US\$)	3,33	4,01	3,06	k.A.
Steuernachforderungen (in Mrd. US\$)	4,14	7,22	8,73	7,82
Gesamte Steuerforderung (in Mrd. US\$)	6,10	10,50	12,79	13,11
Umsatz des Konzerns (in Mrd. US\$)	8,95	10,13	11,37	13,35
Ölproduktion (in Mio. t.)	49,5	58,1	69,9	80,8
Ölexport (in Mio. t.)	22,4	30,1	35,5	43,0
Weltmarktpreis für Urals-Erdöl (in US\$/barrel)	26,8	23,0	23,7	27,0
Theoretische Erlöse aus dem Exportgeschäft (in Mrd. US\$)	4,4	5,1	6,1	8,5



Anmerkung: Für alle Jahresangaben finanzieller Kennzahlen wurden Jahresdurchschnittswerte des Wechselkurses bzw. des Erdölpreises als Grundlage genommen.

Quelle: Steuerforderungen nach United Financial Group 25.1.2005 [www.ufgresearch.com](http://www.ufgresearch.com), Firmenfinanzen nach Firmenangaben zitiert unter [www.yukos.com](http://www.yukos.com) und in Ekspert-200, laufende Jahre [www.expert.ru](http://www.expert.ru).

**Tabelle 4: Die größten Steuernachforderungen gegen russische Unternehmen**

Unternehmen (Branche)	Steuernachforderung	Steuerjahre	Begleichung
Jukos (Erdöl)	19 Mrd. US\$	2000–2003	Jukos hat 3,5 Mrd. US\$ beglichen. Gerichtsverfahren laufen. Eine Zwangsversteigerung wird die Steuernachforderung reduzieren.
Juganskneftegaz (Erdöl)	4,9 Mrd. US\$	1999–2003	Nach der Zwangsversteigerung ist die staatliche Firma Rosneft für die Steuerschulden zuständig. Ein Gerichtsverfahren läuft.
Gazprom (Erdgas)	1,0 Mrd. US\$	1999–2001	Die Steuernachforderung wurde per Gerichtsurteil im Oktober 2002 auf 100.000 US\$ reduziert. Über die Begleichung dieser Summe liegen keine Informationen vor.
Alrosa (Diamanten)	1,0 Mrd. US\$	1999–2001	Die Steuernachforderung wurde auf 50 Mio. US\$ reduziert. Weitere Informationen liegen nicht vor.
Sibneft (Erdöl)	1,0 Mrd. US\$	2000–2001	Nach einem Einspruch von Sibneft wird eine Wiederholung der Überprüfung angekündigt. Weitere Ergebnisse liegen nicht vor.
Sibneft- Nojabrskneftegaz (Erdöl)	0,4 Mrd. US\$	Bis 2004	Nach einem Einspruch von Sibneft wird eine Wiederholung der Überprüfung angekündigt. Weitere Ergebnisse liegen nicht vor.
Baschneftechim (Erdöl)	0,4 Mrd. US\$	2001	Die Steuernachforderung ist von mehreren Gerichten abgewiesen worden. Revisionsverfahren laufen noch.
AvtoVAZ (Fahrzeugbau)	0,4 Mrd. US\$	1996	Die Steuernachforderung wurde im September 2000 per Gerichtsurteil für nichtig erklärt.
RAO EES (Stromversorger)	0,1 Mrd. US\$	Bis 1999	Die Steuerschuld wird vorschriftsgemäß bezahlt.

Quelle: *Kommersant* 9.12.2004 [www.kommersant.ru](http://www.kommersant.ru)

## Analyse

### Der Streit um Förderlizenzen. Fallbeispiel Talakanskoe-Feld

Von Julia Kuznir und Heiko Pleines, Bremen

Im Verlauf der Jukos-Affäre wurde dem Ölkonzern von staatlicher Seite wiederholt mit dem Verlust von Förderlizenzen gedroht. Der einzige tatsächliche Verlust einer Förderlizenz betrifft bisher das Talakanskoe-Feld. Dieser Fall soll deshalb im folgenden vorgestellt werden.

Die Ölreserven des Talakanskoe-Felds in der ostsibirischen Republik Sacha (Jakutien) werden auf mindestens 900 Millionen Barrel geschätzt. Aufgrund ungünstiger klimatischer und geologischer Bedingungen sowie der fehlenden Infrastruktur begann die Erschließung des Feldes erst Mitte der 1990er Jahre. Staatliche Betriebe der Region untersuchten im Rahmen eines regionalen geologischen Programms das Talakanskoe-Feld, und Lenaneftegaz, ein Tochterunternehmen der regionalen Ölfirma Sachaneftegaz, nahm im Jahr 1998 eine bescheidene Ölproduktion auf.

Anschließend schrieb die föderale Regierung eine Förderlizenz mit zwanzigjähriger Laufzeit aus. Ziel war eine deutliche Ausweitung der Ölförderung sowie der Bau einer Pipeline und einer Raffinerie. Die dazu erforderlichen Investitionen wurden auf mindestens 300

Millionen US-Dollar geschätzt. Um die Lizenz bewarben sich im Herbst 2000 die Gesellschaft Sachaneftegaz, an der die Regionalverwaltung von Jakutien einen Anteil von 46 Prozent hielt, sowie einige große russische Ölfirmen, darunter Jukos und Surgutneftegaz. Jukos zog sein Gebot jedoch kurz vor Ablauf der Frist zurück und verbündete sich mit Sachaneftegaz.

Sowohl für Jukos als auch für Surgutneftegaz war die Talakanskoe-Lizenz von strategischer Bedeutung. Jukos plante gemeinsam mit der staatlichen chinesischen Ölfirma PetroChina den Bau einer Ölpipeline von Ostsibirien nach China. Die Kontrolle über ostsibirische Ölfelder war dabei entscheidend, um ausreichende Liefermengen für die Pipeline bereitstellen zu können. Surgutneftegaz wiederum hatte ein zentrales Interesse an einer Ausweitung seiner Ölreserven, die



bis dahin auf den Autonomen Kreis der Chanten und Mansen beschränkt waren.

Im April 2001 entschied die gemeinsame Vergabekommission des Ministeriums für Bodenschätze und der Regionalverwaltung von Jakutien zugunsten von Sachaneftegaz. Die Firma hatte mit 500 Millionen US-Dollar das mit Abstand höchste Gebot vorgelegt und gleichzeitig Investitionszusagen von einer Milliarde US-Dollar gemacht. Als Sachaneftegaz die Regionalverwaltung von Jakutien um einen Aufschub bei der Zahlung des regionalen Anteils an der gebotenen Summe (300 Millionen US-Dollar) bat, erklärte Surgutneftegaz als zweitplazierter Bieter, die Lizenzvergabe gerichtlich anfechten zu wollen.

Trotzdem schloss die Regionalverwaltung von Jakutien noch im April mit Sachaneftegaz und Jukos eine Vereinbarung über die gemeinsame Ausbeutung des Talakanskoe-Feldes. Jukos garantierte die versprochene Investitionssumme und die Zahlung des föderalen Anteils an der Gebotssumme. Die Zahlung des regionalen Anteils an der Gebotssumme sollte um zehn Jahre verschoben werden und de facto über Steuerabschreibungen und weitere Vergünstigungen finanziert werden. Im Juni 2001 lehnte das Regionalparlament von Jakutien jedoch den Aufschub bei der Zahlung der Gebotssumme ab und machte die vollständige Zahlung zur Bedingung für die Lizenzvergabe.

Im Laufe des Jahres 2001 erwarb Jukos die Aktienmehrheit an Sachaneftegaz und übernahm damit die Kontrolle über die Firma. Trotzdem gelang es Sachaneftegaz nicht, weitere Kredite für die Zahlung der Gebotssumme zu erhalten. Deshalb wurde die Förderlizenz für das Talakanskoe-Feld im Frühjahr 2002 erneut ausgeschrieben. Obwohl insgesamt zehn Gebote vorlagen, vertagte die föderale Regierung aber im Herbst ihre Entscheidung. Drei Bieter, darunter Jukos, warfen der Regierung vor, die Lizenzvergabe manipulieren zu wollen. Wirtschaftsminister German Gref bezeichnete das Ausschreibungsverfahren als intransparent und beklagte, dass das Interesse der Regierung nicht ausreichend berücksichtigt werde.

Die Regierung entschied, das Ausschreibungsverfahren von vorne zu beginnen. Die Zuständigkeit für die Ausschreibung wurde vom Ministerium für Bodenschätze an das Wirtschaftsministerium übertragen. Die für den Herbst 2002 angekündigte neue Ausschreibung wurde jedoch verschoben. In Reaktion auf die Verzögerung beauftragte die Regionalverwaltung von Jakutien Sachaneftegaz, bis zur Vergabe einer neu-

en Lizenz die Ölförderung aus dem Talakanskoe-Ölfeld auf Grundlage einer kurzfristigen Lizenz fortzusetzen, um die regionale Ölversorgung sicherzustellen. Mit dem Ablauf der kurzfristigen Lizenz stellte die Sachaneftegaz-Tochter Lenaneftegaz die Förderung aus dem Talakanskoe-Feld im Oktober 2003 ein.

Im November 2003, also auf dem ersten Höhepunkt der Jukos-Affäre, vergab das Ministerium für Bodenschätze dann eine kurzfristige Lizenz für das Feld an Surgutneftegaz. Gleichzeitig wurde die neue Ausschreibung für den Frühsommer 2004 angesetzt. Der Wechsel von der Jukos-Tochter Sachaneftegaz zu Ausschreibungskonkurrent Surgutneftegaz wurde allgemein als Vorentscheidung über die endgültige Lizenzvergabe gewertet. Gleichzeitig erhielt Surgutneftegaz Lizenzen mit fünfjähriger Laufzeit für die Untersuchung dreier an Talakanskoe angrenzender Ölfelder und verhandelte mit den staatlich kontrollierten Firmen Gazprom und Rosneft über eine gemeinsame Bewerbung um die Talakanskoe-Lizenz.

Im Dezember 2003 entschied dann das zuständige Gericht in Jakutien über die Klage von Surgutneftegaz gegen den Ausgang des ursprünglichen Lizenzverfahrens. Es annullierte die Lizenzvergabe an Sachaneftegaz wegen Nichtzahlung der Gebotssumme und erklärte Surgutneftegaz als zweitplazierten zum neuen Lizenznehmer. Surgutneftegaz wurde verpflichtet, seine Gebotssumme von 61 Millionen US-Dollar binnen eines Monats zu zahlen. Die von der Regierung geplante neue Ausschreibung wurde durch den Gerichtsentscheid gegenstandslos. Ende Dezember 2003 stellten das Ministerium für Bodenschätze und die Regionalverwaltung von Jakutien Surgutneftegaz die Talakanskoe-Lizenz aus. Gleichzeitig legte das Ministerium Berufung gegen die Entscheidung ein. Die russische Regierung erklärte, an ihrem Plan eines neuen Ausschreibungsverfahrens festhalten zu wollen.

Anfang Februar 2004 ordnete ein jakutisches Gericht an, den Anteil von Jukos an Lenaneftegaz, der früheren Betreiberfirma des Talakanskoe-Feldes, einzufrieren. Die Anteile sollten zur Begleichung etwaiger Schadensersatzleistungen und Strafen in laufenden Verfahren wegen Steuerhinterziehung verwendet werden. Nach Gesprächen zwischen dem Leiter von Surgutneftegaz, Vladimir Bogdanow, und dem Präsidenten von Jakutien, Wjatscheslaw Schtyrow, verkaufte Jukos Ende Mai Lenaneftegaz an Surgutneftegaz. Mitte Juni 2004 erklärte das Ministerium für Bodenschätze dann, dass die Übernahme der Lizenz durch Surgutneftegaz nicht mehr angefochten werde.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass im Falle der Förderlizenz nicht widerrechtlich gegen Jukos vorgegangen wurde. Der Staat nutzte vielmehr plötzlich eine rechtlich fragwürdige Lage, die er vorher jahrelang weitgehend ignoriert hatte, um Druck auf Jukos auszuüben. Jukos wurde damit das Opfer mangelnder Rechtssicherheit und intransparenter staatlicher Entscheidungsprozesse. Dieses Problem

betrifft aber, genau wie beim Fall der Steuerschulden, nicht nur Jukos, sondern die meisten großen Konzerne. Jukos wurde mit dem Beginn der Affäre von staatlicher Seite gezielt unter Druck gesetzt. Genau wie bei der Besteuerung kann aber auch bei der Lizenzvergabe der Staat aufgrund fragwürdiger Praktiken wohl aller Unternehmen, jederzeit auch andere Unternehmen unter Druck setzen.

*Angaben zu den Autoren:*

Julia Kuznir ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa. Ihre Dissertation befasst sich mit dem politischen Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie.

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa.

*Lesetipp:*

Julia Kuznir, Heiko Pleines: Reichtum für wen? Zur politischen Ökonomie rußländischer Ölfelder, Osteuropa 9-10/2004, S.340-354.

## Dokumentation

### „Rechtliche Unzulänglichkeiten.“ Die Resolution des Europarates

Parlamentarische Versammlung des Europarates:

Die Umstände um die Verhaftung und Strafverfolgung von führenden Jukos-Verantwortlichen

Provisorische Ausgabe

Resolution 1418 (2004)

(Bericht des Ausschusses für rechtliche Angelegenheiten und Recht und Menschenrechte, Berichterstatterin: Frau Sabine Leuthuesser-Schnarrenberger)

Der Text wurde von der Versammlung am 25. Januar 2005 angenommen (3. Sitzung).

**Auszüge:**

1. Die Parlamentarische Versammlung bekräftigt ihr Engagement für Rechtsstaatlichkeit als einen der wichtigsten Werte des Europarates und bringt besorgt angesichts der Unzulänglichkeiten von Gerichtsverfahren in der Russischen Föderation, die durch die Fälle mehrerer ehemaliger Yukos-Verantwortlichen offensichtlich werden, ihre Besorgnis zum Ausdruck. [...]
7. Sachverhalte, die auf ernste Verfahrensrechtsverletzungen hinweisen, die von verschiedenen Polizeibehörden gegen Herrn Khodorkowsky, Herrn Lebedev und Herrn Pichugin, ehemalige führende Yukos-Verantwortliche, begangen wurden, erhärteten sich bei Besuchen zur Feststellung des Sachverhalts, während einige Behauptungen dem Anschein nach von dem Verteidigungsteam übertrieben wurden. Insgesamt stellen die Feststellungen die Fairness, die Unparteilichkeit und Objektivität der Behörden in Frage, die dem Anschein nach in überzogener Weise und unter Missachtung fundamentaler, von der Russischen Strafprozessordnung und von der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierter Rechte der Verteidigung gehandelt haben.
8. Die ernstesten bestätigten Unzulänglichkeiten sind die folgenden:
  - i. Trotz ausdrücklicher Anträge der Anwälte der Verteidigung wurden nicht rechtzeitig Untersuchungen ausgeführt-durchgeführt, die hätten ermitteln können, ob Herr Pichugin Injektionen mit psychotropen Medikamenten erhalten hatte oder nicht; Herr Pichugin wurde auch im „Lefortowo“-Gefängnis untergebracht, das nicht den üblichen Kontrollen des Justizministeriums unterliegt und unter der direkten Kontrolle des FSB verbleibt, was einer konkreten Verpflichtung zuwiderläuft, die die Russische Föderation übernommen hatte, als sie dem Europarat beitrug;
  - ii. Mängel bei der ärztlichen Betreuung von Herrn Lebedev im Gefängnis: Angesichts ernster Besorgnis hinsichtlich des über den sich verschlimmernden Gesundheitszustandes von Herrn Lebedev haben sich die Gefängnisverwaltungen trotz wiederholter Ersuchen bisher geweigert, eine Untersuchung von Herrn Lebedev durch unabhängige Ärzte zuzulassen;



- iii. Verzögerungen bei der Beschaffung der Genehmigung/Erlaubnis des Staatsanwaltes verhinderten, dass Rechtsanwälte während einer besonders kritischen Zeit nach ihren Festnahmen mit ihren Mandanten Kontakt aufnehmen, was es für sie schwieriger machte, ihre Verteidigung zu organisieren. Eine Gesetzesreform, welche das Erfordernis einer vorherigen Genehmigung/Erlaubnis seitens der Staatsanwaltschaft für Rechtsanwälte abschafft, um ihre Mandanten im Gefängnis zu besuchen, wurde zumindest in den Fällen ehemaliger Yukos-Verantwortlicher nicht in die Praxis umgesetzt;
  - iv. Verweigerung des Zutritts zum Gerichtssaal für die Anwälte der Verteidigung von Herrn Lebedev während der Verhandlung, bei der über seine Untersuchungshaft entschieden wurde;
  - v. Suche nach und Beschlagnahme von Dokumenten in den Kanzleien der Anwälte der Verteidigung, Vorladungen von Rechtsanwälten zur Befragung über die Fälle ihrer Mandanten und behauptetes Abhören von Anwälten der Verteidigung: Es darf der Staatsanwaltschaft nicht gestattet werden, den besonderen Schutz der Beziehung des Anwalts zu seinem Mandanten durch ein einfaches Spielen mit Aktenzeichen auszuhebeln, dies insbesondere dann nicht, wenn die Fälle so eng miteinander verbunden sind wie die Strafsachen gegen Khodorkowsky, Lebedev und Pichugin und die Steuersachen gegen Yukos und ihre Tochtergesellschaften;
  - vi. ungerechtfertigte Einschränkungen des öffentlichen Charakters Öffentlichkeit bestimmter Gerichtsverfahren: Die Öffentlichkeit hatte zu bestimmten Terminen Verhandlungen, welche als öffentlich angekündigt wurden, extrem eingeschränkter Zugang, während andere Termine Verhandlungen von vornherein unter Ausschluss der Öffentlichkeit angesetzt wurden bzw. werden. Insbesondere wurden sämtliche Verfahren gegen Herrn Pichugin unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten, obwohl nur ein kleiner Teil der Prozessakten als geheim eingestuft wurde. Seine Anwälte erhielten strikte Instruktionen, die Verfahren nicht in der Öffentlichkeit zu erörtern, selbst die Begründung des Endurteils kann geheimgehalten werden;
  - vii. Ablehnung der Kaution (insbesondere in Bezug auf Herrn Khodorkowsky): Herr Khodorkowsky wurde mehrere Monate nach Herrn Lebedev's Festnahme mit sehr ähnlichen Gründen in Untersuchungshaft genommen, wobei letztere Festnahme in Medienberichten als eine „Warnung“ an Herrn Khodorkowsky interpretiert wurde. Herrn Khodorkowsky's Verhalten zeigte, dass es keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr gab. Nach Abschluss der vorprozessualen Ermittlungen Voruntersuchungen wurden Herrn Khodorkowsky und Herr Lebedev in Haft gehalten, was im Lichte der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in den Fällen von Kalaschnikow gegen Russland und Letellier gegen Frankreich zusätzliche Fragen aufwirft. Des Weiteren werden nach einer kürzlich eingeführten Gesetzesreform Personen, die wegen nicht gewalttätiger Vergehen der „Wirtschaftskriminalität“ angeklagt werden, wie die angeblich von Herrn Khodorkowsky begangenen, allgemein nicht in Untersuchungshaft genommen;
  - viii. weitere unfaire Aspekte der Prozesse gegen Herrn Khodorkowsky, Herrn Lebedev und Herrn Pichugin: Das Gericht erlaubt es dem Staatsanwalt, systematisch, die Protokolle der vorprozessualen Zeugenbefragungen zu verlesen und im Gerichtssaal Druck auf die Zeugen dahingehend auszuüben, diese Protokolle einfach zu bestätigen. Dies unterminiert die Wirksamkeit des Rechtes der Verteidigung, Zeugen der Anklage zu befragen, bei deren vorprozessualen Einvernahmen sie im Allgemeinen nicht anwesend sein dürfen. Den Anwälten der Verteidigung wird es auch nicht gestattet, in der Untersuchungshaftanstalt und im Gerichtssaal mit den Angeklagten schriftliche Notizen auszutauschen, sie können lediglich Notizen austauschen, nachdem das Gericht sie zuvor zuerst gelesen hat.
9. Die Versammlung merkt an, dass die Umstände im Zusammenhang mit bei der Festnahme und Strafverfolgung von führenden Yukos-Verantwortlichen begründeten Anlass zu der Annahme geben, dass man es hier mit einem eindeutigen Fall der Missachtung der Rechtsstaatlichkeit zu tun hat und dass diese Führungskräfte – in Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit/Gleichbehandlung vor dem Gesetz – willkürlich von den Behörden herausgegriffen wurden.
  10. Insbesondere wurden die angeblich missbräuchlichen, von Yukos zur Steuerminimierung verwendeten Praktiken auch von anderen Öl- und Schürfgesellschaften angewandt, die in der Russischen Föderation tätig sind und die nicht Gegenstand einer ähnlichen Steuernachforderung oder deren Zwangsvollstreckung waren und deren obere Führungskräfte/führende Verantwortliche nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Während das Gesetz in 2004 geändert und das angebliche „Schlupfloch“ entsprechend geschlossen wurde, gehen die zur Last gelegten Handlungen auf das Jahr 2000 zurück, und die rückwirkende Strafverfolgung begann in 2003.
  11. Einschüchterungsmaßnahmen seitens verschiedener Polizeidienststellen gegen Yukos und ihre Geschäftspartner und sonstige mit Herrn Khodorkowsky und seinen Gesellschaftern verbundene Institutionen und die sorgfältige

Vorbereitung dieser Strafverfolgung hinsichtlich der Public Relations vermitteln zusammengenommen ein Bild eines abgestimmten Angriffs des Staates.

12. Die Anklagen im Anschluss an eine rückwirkende Veränderung des Steuerrechtes von Personen, welche die Möglichkeiten nutzten, die das Gesetz in seiner zum Zeitpunkt der ihnen zur Last gelegten Handlungen geltenden Fassung bot, wirft hinsichtlich des in Artikel 7 EMRK aufgestellten niedergelegten Grundsatzes, dass es ein strafbares Verhalten nur aufgrund eines gültigen Strafgesetzes zur Tatzeit geben kann des (nullum crimen, nulla poena sine lege), und auch hinsichtlich des in Artikel 1 des Ersten Protokolls zum 1. Zusatzprotokolls zur EMRK aufgestellten niedergelegten Rechtes auf Schutz des Eigentums ernste Fragen auf.
13. Angesichts des Vorstehenden (Absätze 8 – 12) ist die Versammlung der Auffassung, nach der dass die Umstände bei der Festnahme und Strafverfolgung von führenden Yukos-Verantwortlichen vermuten lassen, dass das Interesse des staatlichen Eingreifens in diesem Fall Fälle über die bloße Strafrechtspflege hinausgeht und Sachverhalte mit umfasst, wie die Schwächung eines eine deutliche Sprache führenden politischen Gegners, die Einschüchterung anderer wohlhabender Personen und die Zurückgewinnung der Kontrolle über strategisch wichtiges wirtschaftliches Vermögen, mit umfasst. [...]

Quelle für die deutsche Übersetzung: <http://www.leutheusser-schnarrenberger.de/untermenues/uebersetzung-yukos.htm>

## Chronik

### Die Jukos-Affäre von Mai 2003 bis Januar 2005

Mai 2003	Veröffentlichung des Berichts eines Rats für nationale Strategie (SNS) über die Verschwörung der Oligarchen zur Machtergreifung in Russland
19.06.2003	Verhaftung des Sicherheitschefs von Jukos Alexej Pitschugin. Ihm wird Anstiftung zum Doppelmord vorgeworfen.
02.07.2003	Platon Lebedjew, Millionär und Miteigentümer des Mineralölunternehmens Jukos wird festgenommen und verhört. Ihm wird vorgeworfen, bei der Privatisierung des Chemieunternehmens Apatit den Staat um 283 Mio. Rubel (heute ca. 8–9 Mio. Euro) betrogen zu haben.
04.07.2003	Michail Chodorkowskij und Leonid Newslin werden von der Generalstaatsanwaltschaft einvernommen. In den Büros von Jukos und Apatit werden Unterlagen beschlagnahmt.
09.07.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass gegen das Mineralölunternehmen Jukos ein Untersuchungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden ist.
16.07.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft fordert das Steuerministerium auf, Aktivitäten von Jukos zu untersuchen.
04.09.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen Jukos-Moskau.
05.10.2003	Durchsuchung des Büros von Anton Drel, der Platon Lebedjew als Verteidiger vertritt.
16.10.2003	Anton Drel wird von der Staatsanwaltschaft vorgeladen.
17.10.2003	Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Untersuchungsverfahren gegen Wassilij Schachnowskij, den Vorsitzenden von Jukos-Moskau. Schachnowskij besitzt 7% der Jukos-Aktien.
25.10.2003	Michail Chodorkowskij, der Vorstandsvorsitzende von Jukos, wird auf dem Flughafen von Nowosibirsk unter dem Vorwurf des Steuerbetrugs von der Polizei festgenommen und nach Moskau verbracht.
30.10.2003	Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt im Zuge des Verfahrens gegen eine Reihe von Jukos-Managern 44% der Jukos-Aktien.
02.11.2003	In einem Interview für den Fernsehsender Rossija ermahnt der neue Leiter der Präsidialverwaltung, Dmitrij Medwedjew, die Verwaltungs- und Rechtsorgane, die ökonomischen Folgen ihrer Handlungen zu bedenken. Er bezeichnet es u.a. als Fehler, dass die Justiz Jukos-Aktien beschlagnahmt hat.
03.11.2003	Michail Chodorkowskij, der sich derzeit in Untersuchungshaft befindet, gibt bekannt, dass er seine Position bei Jukos aufgibt und das Unternehmen verlässt.
03.11.2003	Leonid Newslin, Anteilseigner von Jukos und bis vor kurzem der zweite Mann in der Leitung dieses Unternehmens, erhält einen israelischen Pass unter Beibehaltung seiner russischen Staatsbürgerschaft. Newslin hält sich gegenwärtig in Israel auf.
11.11.2003	Das Moskauer Stadtgericht weist im Falle Chodorkowskij den Antrag auf Haftentlassung ab.

14.11.2003	Putin besucht den 13. Kongress des russischen Unternehmerverbandes RSPP. Er versichert, Macht und Business würden den Dialog vertiefen und weiter eng zusammenarbeiten.
20.11.2003	Der Justizminister, Jurij Tschajka, beschuldigt den ehemaligen Jukos-Chef Chodorkowskij, seinen Anwälten Anweisung gegeben zu haben, potentielle Zeugen unter Druck zu setzen. Der Anwältin, die die Anweisungen entgegengenommen haben soll, droht der Minister mit Entzug der Anwaltslizenz.
25.11.2003	Die Staatsanwaltschaft gibt die Beendigung ihrer Voruntersuchungen bekannt, die der Anklage gegen Michail Chodorkowskij zugrunde liegen. Gemäß des Verfahrenskodex muss sich jetzt die Verteidigung mit dem Beweismaterial auseinandersetzen, das 200 Bände umfasst, ehe das Verfahren beginnen kann.
27.11.2003	Der Leiter der Abteilung für Körperschaftseinkommensteuer beim Steuerministerium, Karen Oganjan, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die von russischen Ölgesellschaften genutzten Steueroptimierungsverfahren formal legal seien.
02.12.2003	Das Steuerministerium behauptet, dass Jukos Steuerzahlungen umgangen hat, die sich auf eine Höhe von insgesamt 2,2 Mrd. US\$ (65 Mrd. Rubel) belaufen, zuzüglich Geldbußen in einer Höhe von 2,8 Mrd. US\$ (85 Mrd. Rubel).
23.12.2003	Michail Chodorkowskij's Untersuchungshaft wird um weitere drei Monate verlängert.
29.12.2003	Jukos erhält von den Steuerbehörden die offizielle Forderung von 3,32 Mrd. US\$ angeblich unbezahlter Steuern für das Steuerjahr 2000. Die Gesellschaft betrachtet diese Beschuldigungen als unbegründet und erklärt, Gerichtsverfahren einzuleiten, um die Gesetzmäßigkeit ihrer Aktivitäten zu beweisen.
12.01.2004	In einem Interview in der Tageszeitung Wedomosti verteidigt Premierminister Michail Kasjanow das Vorgehen von Jukos, indem er sagt, dass die Steueroptimierungsverfahren des Konzerns durch das Vorhandensein von Steueroasen in russischen Regionen legal seien. Für diesen Zustand sei die Regierung verantwortlich.
15.01.2004	Chodorkowskij's Einspruch gegen eine Haftverlängerung bis zum 25.3.2004 wird vom Moskauer Stadtgericht während einer vorgezogenen Vernehmung mit dem Argument der organisierten Kriminalität abgewiesen. Chodorkowskij gibt bekannt, er sei nicht länger Anteilseigner von Jukos. Während dieser Vernehmung werden von der Anklage die Namen zweier weiterer Schlüsselfiguren der Chodorkowskij-Gruppe genannt, Leonid Newslin und Wladimir Dubow, die ebenfalls der organisierten Kriminalität beschuldigt werden.
27.01.2004	Leonid Newslin, Wladimir Dubow und Michail Brudno (alle zur Zeit in Israel) sowie sieben weitere hochrangige Mitglieder der Jukos-Gruppe werden der Veruntreuung von Geldern sowie der Steuerhinterziehung angeklagt und unter internationalen Haftbefehl gestellt.
05.02.2004	Ein Moskauer Stadtgericht erklärt Wassilij Schachnowskij schuldig, 28 Mio. Rubel Einkommenssteuern in den Jahren 1998-2000 hinterzogen zu haben, setzt ihn aber auf freien Fuß.
09.02.2004	Platon Lebedjew, in Haft seit dem 2.7.2003, muss für weitere drei Monate in Untersuchungshaft bleiben. Einer Beschwerde gegen die Fortdauer seiner Haftzeit wurde nicht stattgegeben.
10.02.2004	Lebedjew wird der Hinterziehung von 7 Mio. Rubel personenbezogener Steuern beschuldigt. Seine Anklageschrift wird um diesen Punkt erweitert.
16.02.2004	Newslin, Brudno und Dubow erklären, dass sie ihre Anteile an Jukos aufgeben würden, wenn Chodorkowskij und Lebedjew dafür aus der Haft entlassen würden. Die Staatsanwaltschaft weist den Vorschlag als absurd und unmoralisch zurück.
27.02.2004	Wladimir Malin, Vorsitzender des Fonds für Staatsvermögen seit 2000, wird korruptes Verhalten im Zusammenhang mit der Privatisierung des Chemieunternehmens Apatit vorgeworfen.
22.03.2004	Chodorkowskij's Untersuchungshaft wird bis zum 25.5.2004 verlängert. Der Antrag der Verteidigung, Chodorkowskij als Alternative zur Untersuchungshaft unter Hausarrest zu stellen, wurde abgelehnt.
31.03.2004	Das parlamentarische Komitee für Auswärtige Angelegenheiten im US Kongress verlangt von der Administration des US Präsidenten, Russland aufgrund seines Mangels an Achtung demokratischer Prinzipien und Praktiken aus der G8 auszuschließen. Der russische Außenminister Lawrow und andere hochrangige Politiker tun in ihren Kommentaren diese Resolution als diskussionsunwürdig ab.
15.04.2004	Der Prozess gegen Platon Lebedjew wird im Bezirksgericht des Moskauer Bezirks Meschtschanskij eröffnet. Lebedjew befindet sich seit 2.7.2003 in Untersuchungshaft und wird des schweren Betrugs, der Veruntreuung und Steuerhinterziehung angeklagt.
13.04.2004	Die Jukos-Tochtergesellschaft Samaraneftegas wird der Steuerhinterziehung in Höhe von 112 Millionen US\$ angeklagt.

16.04.2004	Das Moskauer Schiedsgericht erlässt eine Verfügung, die Jukos jegliche Veräußerung von Eigentum bzw. den Verkauf von Aktien verbietet. Das Kapital des Konzerns soll dem Steuerministerium als Sicherheit für die geforderten 99,4 Mrd. Rubel dienen.
07.05.2004	Wie geplant findet die erste Anhörung über die Forderung des Steuerministeriums von 99 Mrd. Rubel gegenüber Jukos vor dem Moskauer Schiedsgericht statt. Die Anhörung konzentriert sich auf verfahrensrechtliche Punkte und verschiebt die Behandlung substanzieller Argumente aufgrund der Komplexität des Falles und der Fülle an Beweismaterial um eine Woche auf den 14.5.2004. Eine Petition der Jukos-Verteidigung, das Verfahren vor das Schiedsgericht des Autonomen Bezirks Chantij-Mansiisk in Westsibirien– der Region, in der die Jukos AG eingetragen ist – zu bringen, wird abgelehnt.
12.05.2004	Ein erneuter Einspruch gegen die Verlängerung von Chodorkowskij's Untersuchungshaft und die Bitte um Freilassung gegen eine Bürgschaft werden abgelehnt mit der Begründung, Chodorkowskij von der Kontaktaufnahme mit den Mitgliedern der organisierten kriminellen Gruppe (den anderen Menatep Partnern, die sich noch in Tel Aviv aufhalten) abzuhalten.
26.05.2004	Das Moskauer Schiedsgericht entscheidet zugunsten des Steuerministeriums und fordert von Jukos die Zahlung von 3,4 Mrd. US\$ (99 Mrd. Rubel) rückständiger Steuern.. Damit wird eine Gerichtsentscheidung vom 19.5.2004 konterkariert, die dem Steuerministerium jegliche Steuerforderungen untersagt, bis über die Rechtmäßigkeit der Forderungen durch das Gericht am 28.05.2004 entschieden ist.
28.05.2004	Im Bezirksgericht des Moskauer Bezirks Meschtschanskij wird das Verfahren gegen Chodorkowskij eröffnet. Zunächst muss der Richter feststellen, dass in der Anklageschrift eine Seite nicht unterschrieben ist und drei Seiten nicht vorhanden sind. Nach Behebung dieser Mängel gibt das Gericht einem Antrag des Steuerministeriums (als Zivilkläger) statt, Zeit zum Studium des Falles zu bekommen und der Prozess wird bis zum 8.6.2004 vertagt.
03.06.2004	Beamte des Steuer- und des Innenministeriums durchsuchen die Geschäftsräume von Jukos, um Dokumente zu beschlagnahmen, die im Zusammenhang mit den Operationen der Gesellschaft in den Jahren 1998-2000 stehen.
07.06.2004	Die Begründung für die richterliche Entscheidung vom 26.5.2004, die dem Steuerministerium erlaubt, von Jukos die rückständigen Steuern einzufordern, wird vom Moskauer Schiedsgericht publiziert.
08.06.2004	Im Prozess gegen Chodorkowskij gibt die Richterin dem Ersuchen der Verteidiger von Chodorkowskij und Lebedjew statt, die beiden Prozesse zusammenzulegen.
11.06.2004	Der Vorsitzende des Moskauer Schiedsgerichts lässt die Richterin auswechseln, welche die Anfechtung der Rechtsgültigkeit der Steuerforderungen des Steuerministeriums durch Jukos verhandelt mit der Begründung, sie sei unzuverlässig.
14.06.2004	Jukos lässt verkünden, dass die Gesellschaft bereit sei, über eine außergerichtliche Einigung im Falle der Steuerforderungen zu diskutieren, wenn es erlaubt wird, die Steuern in Raten zu zahlen oder das derzeit eingefrorene Vermögen veräußern zu können.
15.06.2004	Verschiedene Politiker und Personen des öffentlichen Lebens – darunter einige, die der Putin-Administration nahe stehen – äußern sich zur Jukos-Affäre und betonen, dass an einem Bankrott der Gesellschaft kein Interesse bestehe und die Rechte der Anteilseigner, besonders auch der ausländischen, zu berücksichtigen seien.
17.06.2004	Präsident Putin beteuert vor Journalisten in Taschkent, dass die Regierung nicht daran interessiert sei, eine Gesellschaft wie Jukos in den Bankrott zu treiben. Ihr Ziel sei es, die Gesellschaft vor einem allmählichen Untergang zu bewahren.
18.06.2004	Das Moskauer Schiedsgericht lehnt die Anrufung von Jukos ab, alle Anhörungen und Verfahren, hinsichtlich der Steuerforderungen des Steuerministeriums von 99 Mrd. Rubel auszusetzen bis ein Ergebnis des gleichzeitig verlaufenden Rechtsstreites vorliegt, der durch die Anfechtung der Rechtsgültigkeit dieser Forderung durch Jukos entstanden war. (In diesem Parallelprozess hat das Steuerministerium seinerseits Einspruch erhoben gegen ein vorläufiges Einfrieren seiner Steuerforderungen). Das Gericht befasst sich außerdem mit einem Einspruch des Steuerministeriums gegen die Entscheidung vom 26.5.2004, wonach die Steuerforderung des Ministeriums an Jukos bis auf einen minimalen Teil von 40.000 Rubel aufrechterhalten wird.

29.06.2004	Das Moskauer Schiedsgericht bestätigt die Entscheidung, welche die Forderungen des Steuerministeriums gegen Jukos von 99 Mrd. Rubel aufrechterhält. Aufgrund der Tatsache, dass diese Entscheidung durch ein höheres Gericht gefällt wurde, kann die Forderung in Kraft treten. Jukos kann beim Kassationsgericht Berufung gegen das Urteil einlegen, um die Vollstreckung hinauszuschieben.
30.06.2004	Mit dem Erscheinen von Gerichtsvollziehern (begleitet von einem Kontingent bewaffneter Bodyguards) im Moskauer Büro von Jukos schwindet jede Hoffnung, die Steuerbehörden könnten den Weg informeller Verhandlungen mit Jukos über die Art und Weise der Zahlung der Steuerschulden wählen.
03.07.2004	Eine große Gruppe Untersuchungsbeamter der Staatsanwaltschaft, eskortiert von bewaffneter Polizei, beschlagnahmt nach einer achtstündigen Durchsuchungsaktion weitere Dokumente aus dem Zentralbüro von Jukos in Moskau.
05.07.2004	Jukos erhält offiziell die zweite Steuerforderung von 98 Mrd. Rubel für das Jahr 2001.
05.07.2004	Von offizieller Seite wird erklärt, dass die Beschlagnahmung einer großen Anzahl von Dokumenten im Moskauer Zentralbüro von Jukos mit einer Ermittlung wegen Steuerhinterziehung durch Samaraneftgas, einer Tochtergesellschaft von Jukos, in Verbindung stehe.
05.07.2004	Bei der Jukos-Tochtergesellschaft Tomskneft in Westsibirien erscheinen Gerichtsvollzieher. Es ist unklar, was ihr Ziel ist.
07.07.2004	Jukos erklärt in einer Pressemitteilung, dass die Gesellschaft den Gerichtsvollziehern schriftlich den Vorschlag unterbreitet hätte, ihren Anteil von 35% an Sibneft als Ausgleich für die Steuerschulden von 99 Mrd. Rubel (für 2000) zu nutzen. Trotz seiner legalen und finanziellen Berechtigung wird dieser Vorschlag ignoriert und das gesamte Vermögen untersucht. Währenddessen versuchen die Rechtsanwälte von Jukos vor Gericht eine Aussetzung der Vollstreckung zu erreichen, bleiben aber erfolglos.
07.07.2004	Chodorkowskij lässt durch seine Rechtsanwälte seine Bereitschaft erklären, seine Jukos-Anteile als Beitrag zur Abwendung des Ruins der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.
08.07.2004	Gerichtsvollzieher in Westsibirien frieren die Bankkonten von Tomskneft ein, was die Zahlungsfähigkeit von Tomskneft blockiert und laufende Zahlungen an Lieferfirmen sowie regionale und lokale Steuerzahlungen verhindert. Tomskneft ist für 20% der Produktion der Jukos-Gruppe verantwortlich.
09.07.2004	Finanzminister Alexej Kudrin sagt, dass es Jukos nicht erlaubt werde, seine Steuerverpflichtungen in Raten zu zahlen, da die Gesellschaft ausreichend Vermögen habe, um in einem angemessenen Zeitraum und vollständig zahlen zu können. Die Rechtsanwälte von Jukos legen formal Protest gegen die Steuerforderung von 99 Mrd. Rubel für das Jahr 2000 beim Kassationsgericht ein.
12.07.2004	Der Prozess gegen Chodorkowskij und Lebedjew wird wiedereröffnet.
14.07.2004	Im nun laufenden Prozess gegen Chodorkowskij und Lebedjew beginnt der Staatsanwalt, alle Rechtsgründe gegen die Angeklagten vorzubringen.
14.07.2004	Die Gerichtsvollzieher beschlagnahmten die Aktionärsregister der Tochtergesellschaften Juganskneftgas und Samaraneftgas und schätzen den Wert dieser Kapitalien.
16.07.2004	Michail Chodorkowskij hält seine persönliche Verteidigungsrede vor Gericht, in der er unter anderem auf den Schaden für Russland hinweist, der durch die Gesetzlosigkeit der Attacke gegen ihn entstanden ist.
20.07.2004	Die Gerichtsvollzieher verkünden, dass Juganskneftgas – die Tochtergesellschaft, die für den größten Teil der Erdölproduktion von Jukos verantwortlich ist – beschlagnahmt und zur Tilgung der ausstehenden Steuerverbindlichkeiten von 99 Mrd. Rubel verkauft werden könne.
26.07.2004	Das Gericht des Moskauer Basmannij Bezirks erlässt einen Haftbefehl gegen Leonid Newslin (der sich derzeit noch in Israel aufhält) wegen Mordes.
30.07.2004	Jukos lässt verlauten, dass die Gesellschaft 1,8 Mrd. US\$ ihrer insgesamt 3,4 Mrd. US\$ Steuerschulden für das Jahr 2000 bis Ende August zurückzahlen will.
04.08.2004	Die Gerichtsvollzieher geben Jukos-Konten frei, damit die Gesellschaft ausstehende Lohnzahlungen tätigen kann. Es bleibt offen, ob diese Entscheidung auf andere Zahlungen wie Transportkosten ausgeweitet werden kann.
12.08.2004	Das Ersuchen von Jukos, die Zahlung der Steuerschulden zu verschieben, um einen Konkurs des Unternehmens zu vermeiden, wird durch das Moskauer Schiedsgericht zurückgewiesen.



17.08.2004	Das Moskauer Schiedsgericht lehnt das Ersuchen von Jukos ab, anstelle von Juganskneftegas, Tomskneft, Samaraneftegas oder anderer für den laufenden Betrieb des Unternehmens wichtige Vermögensteile die Anteile der Gesellschaft an Sibneft zu verkaufen. Außerdem weist das Gericht die Bitte von Jukos zurück, den Gerichtsvollzug, der am 30.6.2004 in Gang gesetzt wurde, auszusetzen bis die Gerichte über die Rechtmäßigkeit des Einfrierens der Anteile an Juganskneftegas, Tomskneft und Samaraneftegas entschieden hätten.
27.08.2004	Dem Einspruch von Jukos, die Steuerforderungen für das Jahr 2000 für unwirksam zu erklären, entspricht das Moskauer Schiedsgericht teilweise, indem es die Steuerforderung um 1,1 Millionen US\$ (33 Millionen Rubel) reduziert. Die Gesellschaft hat nun noch eine Summe 1,9 Mrd. US\$ zu zahlen (1,5 Mrd. US\$ wurden schon zurückgezahlt).
03.09.2004	Das Steuerministerium gibt offiziell die Steuerforderungen gegen Jukos für das Jahr 2001 mit einer Gesamtsumme von 1,4 Mrd. US\$ an.
10.09.2004	Auf ein Ersuchen des Steuerministeriums hin, prüft das Ministerium für Bodenschätze die Möglichkeit, Juganskneftegas die Förderlizenzen zu entziehen, da die Gesellschaft einen erheblichen Zahlungsrückstand bei den an die Ölquelle gebundenen Fördersteuern aufweist. Juganskneftegas ist seit dem Einfrieren ihrer Konten durch die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage, diese Steuern zu zahlen.
06.10.2004	Das Steuerministerium beschuldigt Juganskneftegas, 27,5 Mrd. Rubel (über 950 Mio. US\$) Steuern zu wenig im Jahr 2001 gezahlt zu haben.
11.10.2004	Das Moskauer Schiedsgericht entscheidet zugunsten des Steuerministeriums, dass Jukos neben den Steuer-schulden für das Jahr 2001 noch Geldbußen in Höhe von 1,35 Mrd. US\$ zahlen muss.
12.10.2004	Alexander Buksman, der Leiter der Moskauer Dienststelle des Justizministeriums, gibt bekannt, dass der Wert von Juganskneftegas durch die <i>Dresdner Kleinwort Wasserstein (DrKW)</i> auf 10,4 Mrd. US\$ beziffert werde. In den Medien war in den Wochen zuvor über einen Wert von 15-17 Mrd. US\$ spekuliert worden. Laut <i>Interfax</i> befindet sich der Wert von 10,4 Mrd. US\$ am unteren Ende des Wertebereiches, den <i>DrKW</i> für das Unternehmen genannt haben soll.
14.10.2004	<i>DrKW</i> veröffentlicht Details aus ihrem Schätzungsbericht, in dem sie den Wert von Juganskneftegas in einem Bereich von 14,7–17,3 Mrd. US\$ angegeben hatte.
28.10.2004	Die Steuerbehörden geben die Geldmittel, die auf den eingefrorenen Jukos-Konten liegen, frei. Jukos kann damit 600 Millionen US\$ seiner Steuerschulden mit einem Mal zurückzahlen. Somit ist jetzt nahezu die gesamte Summe von 3,45 Mrd. US\$ Steuerschulden für das Jahr 2000 ausgeglichen.
01.11.2004	Im Prozess gegen Michail Chodorkowskij fordert der Staatsanwalt eine Verlängerung der Untersuchungshaft um weitere drei Monate. Die Richterin gibt diesem Ersuchen statt und Chodorkowskij bleibt bis zum 14.2.2005 in Haft.
01.11.2004	Juganskneftegas erhält eine Steuerforderung von 1,03 Mrd. US\$ für das Jahr 2002, Jukos selber erhält für das gleiche Jahr eine Steuerforderung von 6,7 Mrd. US\$ (193 Mrd. Rubel).
02.11.2004	Im Prozess gegen Michail Chodorkowskij schließt der Staatsanwalt nach drei Monaten den Beweisvortrag gegen Chodorkowskij und seine Mitangeklagten ab. Der Prozess wird ab 09.11.2004 mit der Beweisführung der Verteidigung fortgeführt.
16.11.2004	Präsident Putin betont in einem Statement auf dem Jahreskongress des Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes, die Jukos-Affäre sei ein Einzelfall und versichert erneut seine Verpflichtung zu Schlüsselreformen. Der Staat müsse die Stabilität der Privatisierung und den allumfassenden Schutz des Privateigentums als eine der Grundlagen der Marktwirtschaft garantieren.
17.11.2004	Das Steuerministerium erklärt in einer offiziellen Meldung, Jukos schulde dem Staat 6,76 Mrd. US\$ (193.81 Mrd. Rubel) Steuern für das Jahr 2002.
19.11.2004	Jukos wird mit Steuerforderungen für das Jahr 2003 konfrontiert, die sich auf 5,96 Mrd. US\$ belaufen. Die Gesamtsumme der Steuerschuld beträgt zum aktuellen Zeitpunkt 16,4 Mrd. US\$.
19.11.2004	Der Verkauf von Juganskneftegas wird auf den 19.12.2004 festgelegt. Das Mindestgebot soll 8,6 Mrd. US\$ betragen. Damit kann Jukos seine Steuerschulden nicht ausgleichen.
24.11.2004	Der amerikanische Finanzchef von Jukos, Bruce Misamore, sowie einige andere ranghohe Manager von Jukos erhalten eine Vorladung der Staatsanwaltschaft zu einer Vernehmung. Das Management beschließt daraufhin auf einem Treffen in London, alle ranghohen Manager der Gesellschaft aus Russland abzuziehen.

10.12.2004	Der Föderale Anti-Monopol-Dienst erklärt, dass sich drei Firmen um eine Teilnahme an der Auktion von Juganskneftegaz beworben haben: Gazpromneft, eine neugegründete Tochterfirma des Erdgaskonzerns Gazprom, sowie zwei weitere Firmen, deren Eigentümer nicht identifiziert wurden.
10.12.2004	Die Steuerbehörden erheben weitere Forderungen in Höhe von 346 Mio. US\$ gegen Samaraneftgaz, die dritte Produktionsfirma von Jukos.
16.12.2004	Das amerikanische Konkursgericht in Houston verfügt in einer Eilentscheidung eine zehntägige Sperrfrist für die Versteigerung von Juganskneftegaz. Die Anordnung ist für private Firmen bindend und ihre Nichtbeachtung kann in den USA rechtliche Konsequenzen haben. In Reaktion auf diese Entscheidung zieht ein westliches Bankenkonsortium seine Kreditusage für Gazpromneft zur Finanzierung der Auktionsteilnahme zurück. Die eigentliche Verhandlung über den Konkursantrag von Jukos soll am 16.2.2005 stattfinden.
19.12.2004	Bei der Auktion von Juganskneftegaz nehmen nur zwei Firmen teil: Gazpromneft und Baikal Finance Group (BFG). Zwei weitere zugelassene Firmen verzichten auf eine Teilnahme. Da Gazpromneft kein Gebot abgibt, gewinnt BFG mit einem Gebot von 9,35 Mrd. US\$. BFG ist erst kurz vor der Auktion mit Sitz in der russischen Stadt Twer registriert worden. Auf der Auktion wird BFG von Angehörigen der russischen Ölfirma Surgutneftegaz vertreten, der auch ein Interesse an Juganskneftegaz nachgesagt wurde. Offiziell wird später erklärt die Gründer von BFG hätten als Privatpersonen gehandelt. Mit der Zahlung der Gebotssumme müßte sich die ausstehende Steuerschuld von Jukos auf 8,7 Mrd. US\$ reduzieren.
19.12.2004	Nach einer internen Regelung der Menatep-Gruppe, des Haupteigentümers von Jukos, geht die Kontrolle über den 59,5%-Anteil von Chodorkowskij mit dem Verlust von Juganskneftegaz an seinen Partner Leonid Newslin.
31.12.2004	Die staatliche russische Ölfirma Rosneft, die für die symbolische Summe von knapp einem US-Dollar BFG erworben hat, bezahlt die von BFG gebotene Summe und übernimmt damit Juganskneftegaz. Das Management der ehemaligen Jukos-Firma wird unter Verletzung der Unternehmens-Charta sofort ausgewechselt. Rosneft als neuer Eigentümer zieht die Klage gegen die Unternehmensbeschlagnahmung zurück, nicht jedoch die Klage gegen die Steuernachforderung. Die Übernahme von Juganskneftegaz kompliziert die geplante Fusion mit Gazprom, da sie eine Neubewertung der Firma erforderlich macht und aus der Übernahme von Juganskneftegaz rechtliche Konsequenzen drohen könnten. Über die Einbringung der staatlichen Rosneft in den Gazprom-Konzern will die russische Regierung über eine Aktien-Swap die absolute Mehrheit der Gazprom-Aktien erhalten.
11.1.2005	Sowohl die indische Ölfirma ONGC als auch die chinesische CNPC äußern Interesse an dem Erwerb von Anteilen an Juganskneftegaz.
13.1.2005	Die Verhandlung über den Einspruch gegen die Steuerforderungen an Juganskneftegaz wird auf den 7.2.2005 vertagt.
21.1.2005	Jukos kann seine Lieferverträge nicht mehr einhalten, da der Konzern mit Juganskneftegaz seinen größten Ölproduzenten verloren hat. Die Exportquoten werden von Rosneft als neuem Eigentümer von Juganskneftegaz übernommen. Jukos-Kunden aus der EU erklären, andere russische Ölfirmen als neue Lieferanten zu wählen. Die österreichische ÖMV und die ungarische MOL nennen an erster Stelle Lukoil. Am 27.1. wird bekannt, dass der Jukos-Konzern für Februar 2005 keine Exportquote mehr zugeteilt bekommen hat. Jukos konnte die entsprechenden Gebühren nicht zahlen, da die Konzernkonten eingefroren sind.
1.2.2005	Auf Ansuchen der russischen Behörden setzt Interpol zwei Anteilseigner der Mineralölfirma Jukos, Michail Brudno und Wladimir Dubow, auf seine Fahndungsliste.
2.2.2005	Ein Gericht in Samara erlaubt den lokalen Steuerbehörden die Beschlagnahmung einer Steuernachforderung gegen die Öltransportgesellschaft Volgatanker, die früher zum Jukos-Konzern gehörte.
2.2.2005	Die Gläubiger von Jukos, für deren Kredit Juganskneftegaz als Sicherheit diente, fordern die sofortige Zurückzahlung der noch ausstehenden 540 Mio. US\$. Die Menatep-Gruppe, Mehrheitsaktionär des Jukos-Konzerns, kündigt an, die Rückzahlung von weiteren 900 Mio. US\$ zu fordern. Zuständig ist in beiden Fällen Rosneft als neuer Eigentümer von Juganskneftegaz.

Erstellt von Ann-Kathrin Reichardt und Hans-Henning Schröder

## Chronik

### Vom 27. Januar bis zum 3. Februar 2005

27.1.2005	Präsident Putin nimmt gemeinsam mit anderen Staatsoberhäuptern an der Gedenkfeier zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz teil. In seiner Rede betont er Russlands Rolle bei der Zerschlagung des Faschismus, bedauert aber er auch antisemitische Vorfälle im eigenen Land. Nach der Feier trifft Putin mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski und dem israelischen Präsidenten Moshe Kazav zusammen.
27.1.2005	Putin nominiert Sergej Stepaschin, der als Vorsitzender des russischen Rechnungshofes zurückgetreten war, neuerlich für dieses Amt.
27.1.2005	Alexander Torschin, der die Parlamentskommission zur Untersuchung der Geiselnahme in Beslan leitet, teilt mit, dass zwei höhere Offiziere unter dem Verdacht verhaftet worden sind, bei der Vorbereitung der Geiselnahme geholfen zu haben. Nach drei weiteren wird gefahndet.
28.1.2005	Die Hauptverwaltung des Innenministeriums im Südlichen Föderalbezirk gibt bekannt, dass für den Schutz des tschetschenischen Präsidenten Alu Alchanow eine neue Sicherheitsstruktur geschaffen wird, die die „Präsidentengarde“ Ramsan Kadyrows ablösen soll.
29./ 30.1.2005	In St. Petersburg, Nishnij Nowgorod, Kostroma, Ulan-Ude, Astrachan und Kasan finden Proteste gegen die Sozialreformen statt.
30.1.– 1.2.2005	Staatsbesuch des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas in Moskau. Er führt Gespräche mit Putin, Außenminister Lawrow und Alexij II., dem Patriarchen von ganz Russland.
31.1.2005	Die Ratingagentur Standard&Poor hebt die Bonitätsnote für russische Fremdwährungsanleihen von BB+ nach BBB- an.
31.1.2005	Präsident Putin schlägt dem Regionalparlament von Primorje den amtierenden Gouverneur Sergej Darkin als Kandidaten für den Gouverneursposten vor. Damit wendet Putin erstmals das neue Verfahren zur Bestimmung der Gouverneure und regionalen Präsidenten an.
31.1.2005	Russische Nachrichtenagenturen berichten, dass die russische Militärjustiz Ermittlungsverfahren gegen drei Kommandeure eingeleitet hat, die für das Verschwinden von drei Geschwistern des tschetschenischen Rebellenführers Aslan Maschadow verantwortlich sein sollen.
31.1.2005	Aus Protest gegen die Gerichtsentscheidung, die der Alfa-Bank wegen der Berichterstattung der Tageszeitung „Kommersant“ eine hohe Schadenersatzsumme zuspricht, erscheint das Blatt an diesem Tag mit leeren Seiten.
31.1.2005	Russland überweist dem Internationalen Währungsfonds (IMF) 3,3 Mrd. US\$ und tilgt damit vorzeitig alle seine Schulden gegenüber der Bretton-Woods-Institution.
1.2.2005	In Reaktion auf die Rentnerproteste haben 22 Regionen zum 1. Februar subventionierte Fahrkarten für Vergünstigungsempfänger eingeführt. 19 weitere gewähren für diese Personengruppe freie Fahrt und 13 Regionen werden zum 1. März subventionierte Fahrkarten einführen.
1.2.2005	Die fünf Abgeordneten der Fraktion „Heimat“, die mit einem Hungerstreik den Rücktritt der Minister Surabow, Kudrin und Gref erzwingen wollten, beenden ihre Aktion.
1.2.2005	Dmitrij Kosak, der Präsidiatbeauftragte für den Südlichen Föderalbezirk, empfängt Angehörige der Opfer von Beslan und verspricht eine Bestrafung der Schuldigen, warnt sie aber vor gewalttätigen Protestaktionen.
2.2.2005	Der Stellvertretende Innenminister von Dagestan, Generalmajor der Miliz Magomed Omarow, gerät an einer Kreuzung in Machatschkala in einen Hinterhalt und wird mit drei Leibwächtern erschossen.
3.2.2005	In der Nähe von Khartoum, der Hauptstadt des Sudan, stürzt eine Frachtmaschine einer sudanischen Privatfluglinie ab. Die sechs russischen Besatzungsmitglieder kommen bei dem Unfall ums Leben.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.  
Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de